

Deutsche Volksfront ohne Volk

Manifeste des Widerstandes

JENS GMEINER / MARKUS SCHULZ

„Wer draußen steht, sieht manches besser.“¹ Diese Überzeugung teilten sicherlich viele Mitstreiter einer sich aufeinander zu bewegendem Opposition im französischen Exil aus Arbeitervertretern, Gewerkschaftern, Parteien und Intellektuellenzirkeln gegen den Nationalsozialismus. Doch auch wenn Emil Kirschmann diese Worte erst 1938 an die Leitung der Exil-SPD in Prag richtete, hatte diese Bewegung, die als „Lutetia-Kreis“ nicht nur in Paris auf sich aufmerksam machen sollte, wesentlich früher Fahrt aufgenommen. Die Vertreter dieses Kreises sahen die Wirklichkeit Hitler-Deutschlands wohl klarer und kritischer als die deutsche Bevölkerung. Aber sie sahen diese eben nur aus der Perspektive des Exils, nicht aus der konkreten alltäglichen Erfahrung vor Ort. Diese Ambivalenz prägte auch die publizistische Widerstands- und Aufklärungsarbeit dieses heterogenen Bündnisses verschiedener Lager in der Emigration. Der programmatische und sinnstiftende Höhepunkt kann für das Jahr 1936 konstatiert werden. Standen sich im Vorfeld der Bemühungen Sozialdemokraten, Kommunisten und bürgerliche Vertreter noch unversöhnlich gegenüber – eine Erblast aus den Wirren der Weimarer Republik –, so gelang es im Pariser Hotel „Lutetia“ doch immerhin, Vertreter von Exil-SPD und -KPD sowie bürgerliche Intellektuelle an einen Tisch zu bekommen. Und schließlich wandte man sich gemeinsam mit Protesterklärungen und Denkschriften an die Öffentlichkeit, in der das Modell einer deutschen „Volksfront“ gegen Hitler-Deutschland Anwendung finden sollte. „Volksfront“ soll in diesem Beitrag als unscharfes antifaschistisches Bündnis „von der Arbeiterschaft bis hin zu den Konservativen gegen NS-Diktatur

1 Emil Kirschmann in einem Schreiben an die Sopade am 11. Februar 1938. Das Zitat bildet ebenfalls den Titel der Biographie desselben; Redmer, Axel: Wer draußen steht, sieht manches besser: Biographie des Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann, Birkenfeld 1987.

und Krieg, für Demokratie, Menschenrechte und Frieden“² im Pariser Exil verstanden werden.

Wie kam es aber zur Bildung dieser Opposition im Exil; welche Motive, welche Biographien hatten die Vertreter dieser doch so heterogenen Volksfront? Und was bedeutete diese personelle und organisatorische Heterogenität für die Gestaltung und Breitenwirkung der veröffentlichten Dokumente? Konnten diese demonstrativen Aufrufe die deutsche Gesellschaft und das Ausland für den Terror des Nationalsozialismus sensibilisieren und einen politischen Wandel initiieren?

Der in Paris gegründete „Lutetia-Kreis“ veröffentlichte seine Gedanken und Überzeugungen in einer Vielzahl von Aufrufen, Appellen und Manifesten, von denen hier chronologisch vier aus dem Jahre 1936 stammende hinsichtlich des Inhalts, der Rhetorik und der Wirkung auf die Zivilgesellschaft genauer analysiert werden sollen. Im Fokus dieses Beitrages steht somit die Frage nach der Breitenwirkung der Manifeste der Volksfront, die eng mit den Rahmenbedingungen im In- und Ausland sowie den Akteuren der Volksfront verwoben ist.

DAS SCHWERE ERBE VON WEIMAR

Der Aufbau einer schlagkräftigen „Volksfront“, die sich zum Ziel gesetzt hatte, verschiedene politische Lager der deutschen politischen Emigration zusammenzuführen und für den Kampf gegen Hitler-Deutschland zu mobilisieren, stand schon zu Beginn unter keinem günstigen Stern. Trotz der erlittenen Verfolgungen, Erniedrigungen und kollektiven Haftstrafen, denen die Mitglieder und Funktionäre der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD nach der Regierungsübernahme Adolf Hitlers ausgesetzt waren, schien eine gemeinsame Aktionsfront der verhassten Brüderparteien im Exil zunächst schwer zu realisieren. Die verhärtete Frontstellung zwischen SPD und KPD,

2 Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Lexikon des Widerstandes 1933-1945, München 1994, S. 199. Die deutschen Volksfrontbemühungen wurden angeregt durch Entwicklungen in Frankreich, wo sich die *Fronte populaire* unter Léon Blum 1935 und ein Jahr später in Spanien die *Frente Popular* konstituierte. Zum Begriff der Volksfront und seiner Genese vgl. insbesondere Langkau-Alex, Ursula: Zur Genesis des Begriffes „Volksfront“ 1932 bis 1934/35, in: Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Soziale Bewegungen. Geschichte und Theorie. Jahrbuch 1: Arbeiterbewegung und Faschismus, Frankfurt am Main 1986, S. 82-105. In diesem Beitrag soll der Begriff der „Volksfront“ nur für die deutschen Einigungsbemühungen im Pariser Exil und den „Lutetia-Kreis“ verwendet werden. Die Berliner Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront“ unter Hermann Brill bleibt hierbei größtenteils unberücksichtigt. Vgl. zum Leben Hermann Brills und seines Widerstands insbesondere Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

die sich bereits in der Vorkriegszeit herauskristallisiert und während der Weimarer Republik nicht nur parteipolitisch verfestigt, sondern auch tief in die Köpfe der Menschen eingegraben hatte,³ war auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten weiterhin prägend für die Politik der Arbeiterparteien und deren Vertreter im Exil.

Während die Kommunisten die Sozialdemokratie auch nach dem formalen Verbot der SPD und der Auflösung der Gewerkschaften als „Sozialfaschisten“ sowie Stütze einer bürgerlichen Politik und Gesellschaftsordnung diffamierten und sie als Hauptfeind einer wirklich proletarischen Revolution ansahen,⁴ betrachteten umgekehrt große Teile der Sozialdemokratie die Kommunisten als wesensverwandt mit der aufkommenden NS-Diktatur – stellte doch die KPD die elementaren Grundvoraussetzungen des Rechtsstaates in Frage. Zwar gab es durchaus gemeinsames Vorgehen von SPD und KPD auf parlamentarischer Ebene, aber ein Bündnis beider Parteien zu einer gemeinsamen Kampfleitung war ausgeschlossen.⁵ Die sozialen, politischen und religiösen Konfliktlinien der deutschen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre überdauerten auch die Emigration und belasteten die Zusammenarbeit der heterogenen Exilgruppierungen in den Gastländern erheblich.

Einer gemeinsamen Volksfront der geflohenen Parteifunktionäre und Auslandsdeutschen gegen das NS-Regime waren somit bereits Grenzen gesetzt und sie wurde zudem dadurch erschwert, dass wichtige politische und gesellschaftliche Gruppen und deren Vertreter sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren schienen. Bedeutende Repräsentanten des politischen Katholizismus wie Heinrich Brüning hielten sich im Ausland von der Politik fern. Und auch Liberale sowie Konservative erhoben nur selten ihre Stimmen. Eine breite gesellschaftliche Front und repräsentative Gesamtvertretung der Auslandsdeutschen, die ein Gegengewicht zum deutschen Faschismus zumindest verbal artikulieren konnte, blieben unter der Last der Weimarer Vergangenheit anfangs illusorisch. Willy Brandt, der die schweren Zerwürfnisse der Exildeutschen aus eigener Anschauung kannte, schrieb in seinen Memoiren wie folgt: „Man hätte ironisch feststellen können, das Exil sei eine Fortsetzung von Weimar mit anderen Mitteln.“⁶

3 Zur Weimarer Sozialdemokratie vgl. insbesondere Winkler, Heinrich August: *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin/Bonn 1987.

4 Vgl. Weber, Hermann: Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler“ Parteikonferenz, in: Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1985, S. 73-85, hier S. 74 f.

5 Vgl. Mühlen, Patrick v.z.: *Die SPD zwischen Anpassung und Widerstand*, in: ebd., S. 86-98, hier S. 90 f.

6 Brandt, Willy: *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982, S. 141.

Von vorkämpferischer und exemplarischer Bedeutung war dagegen vor allem die Etablierung einer französischen Volksfront kommunistischer, sozialistischer und radikalbürgerlicher Organisationen, die auf einem am 23. Juni 1935 abgehaltenen Solidaritätstag die deutschen antifaschistischen Parteien und Organisationen aufforderten, endlich ihre Kräfte zusammenzuschließen und gegen den Faschismus mit vereinten Mitteln zu kämpfen.⁷ Insbesondere deutsche Intellektuelle und Schriftsteller, die sich in Frankreich niedergelassen hatten, stimmten diesen Ausführungen zu und forcierten die Bildung eines „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“. Speziell Heinrich Mann, der Frankreich nicht nur als literarisches, sondern auch als politisches Vorbild ansah, war von der Eini-gung der antifaschistischen französischen Volksfront überzeugt und forderte auch die deutschen Parteiführer und Intellektuellen auf, „endlich mit den überlebten Klassenvorurteilen Schluss zu machen, die Kräfte im Kampf gegen den Faschismus zu vereinen“⁸. Analog zur französischen Volksfront, in der Literaten und Politiker gemeinsam gegen den Faschismus agierten, begannen nun auch bei deutschen Schriftstellern im Exil die ideologischen Vorbehalte langsam zu schwinden.

Essentiell für diesen Annäherungsprozess der verschiedenen Gruppierungen in Frankreich wurden gleichwohl die Kurskorrektur und der Sinneswandel der Komintern-Führung auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im August 1935. Der gegen die Sozialdemokratie geäußerte Vorwurf des Sozialfaschismus wandelte sich in Folge der strategischen und organisatorischen Schwäche der Kommunisten zu einem Bündnisangebot an die Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratischen Kräften in den jeweiligen Ländern. Statt eines zentralistischen Organisationsaufbaus, der in Deutschland so gut wie nicht mehr existierte, sollten kleine de-zentrale Einheiten den Widerstand nun eigenverantwortlich organisieren.⁹

Die illegale KPD bestätigte diesen Kurs auf ihrer Brüsseler Konferenz, die eigentlich in der Nähe Moskaus stattfand und deren Name gewählt wurde, um die Nationalsozialisten zu verwirren. Während die KPD-Führung in den Exilländern nun an der Durchführung von Volksfrontausschüssen arbeitete, beharrte der Exil-Vorstand der SPD (Sopade) jedoch auf der kategorischen Ablehnung einer Einheits- und Volksfrontpolitik mit der KPD. Die Sopade setzte sich vor allem gegen den Führungsanspruch der KPD zur Wehr und sah in deren Bekundung einer Einheitsfront nur eine vorüberge-

7 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Versuch und Scheitern der deutschen Volksfront, in: Exil H. 2/1986, S. 19-37, hier S. 21.

8 Pawek, Karl: Heinrich Manns Kampf gegen den Faschismus im französischen Exil 1933-1940, Hamburg 1972, S. 104.

9 Vgl. Herlemann, Beatrix: Kommunistischer Widerstand, in: Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1994, S. 29-41, hier S. 34.

hende Notdemonstration, die aber nichts an den revolutionären Fernzielen der Kommunisten verändert hätte.¹⁰

Bedeutsam und katalysierend für die Idee einer Volksfront war der „Erste internationale Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur“ im Juni 1935 in Paris. An diesem nahmen 250 Schriftsteller verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen aus 398 Ländern teil, die über ihre Ansichten hinsichtlich des Faschismus, des Sozialismus in der Sowjetunion und der sich konstituierenden französischen Volksfront diskutierten.¹¹ Anknüpfend an den Schriftstellerkongress hatte es mehrere lose Zusammenkünfte zwischen verschiedenen Exildeutschen meist pazifistischer und bürgerlicher Gesinnung gegeben, die sich aber durchaus bewusst waren, dass eine breite Volksfront ebenso die parteipolitischen Vertreter von SPD, KPD und des Zentrums einschließen musste und einer organisatorischen Form des vorläufigen Volksfrontausschusses bedurfte.¹²

Der „Vorläufige Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ lud am 26. September 1935 zu seiner ersten Sitzung im Pariser Hotel „Lutetia“, dessen Name der Kreis fortan trug. Während KPD und SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) mit offiziellen Vertretern an dem Vorläufigen Ausschuss teilnahmen, beteiligten sich aufgrund der fortwährenden Skepsis des Parteivorstandes der Exil-SPD gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten nur Einzelpersonen der SPD.

Eine erste engere Kooperation zwischen einigen Exilgruppen war mithilfe der Komiteearbeit somit vorerst geglückt – auch wenn konstatiert werden musste, dass die Sopade als größte und wichtigste Auslandsvertretung den Kurs einer geeinten Volksfront mit der KPD nicht unterstützte. Zugleich war neben den bürgerlichen Intellektuellen, die allerdings größtenteils keiner bürgerlichen Partei angehörten, die katholische Opposition nur minimal vertreten und eingebunden. Der Kitt dieses vorläufigen, heterogenen Bündnisses bestand im Großen und Ganzen wohl darin, Solidarität für die Opfer des Terror- und Mordregimes zu üben und das Ausland über die innerdeutsche Situation zu informieren.

10 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Zur Strategie und Taktik der KPD/SED. Aktions-einheit, Einheitsfront, Volksfront, Bündnispolitik, Bonn 1982, S. 23.

11 Vgl. Langkau-Alex 1986 (s. Anm. 7), S. 19.

12 Vgl. dies.: Volksfront für Deutschland?, Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ 1933-1936, Berlin 2004, S. 163.

ORGANISATOREN, VERMITTLER UND ELITEN DES FRAGILEN BÜNDNISSES

Der „Amnestieappell“, der auf der „Lutetia-Konferenz“ am 2. Februar 1936 von der Vollversammlung angenommen wurde, stellte gewissermaßen den Ausgangspunkt für eine geplante publizistische Volksfront in der Emigration dar. Zu den bedeutendsten Teilnehmern der „Lutetia-Konferenz“ gehörten Rudolf Breitscheid, Max Braun und Jacob Walcher für die Sozialisten, Heinrich Mann, Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard für die bürgerlich-demokratische Gruppe, Wilhelm Kiefer und Otto Prick für die Katholiken sowie Willi Münzenberg und Walter Ulbricht für die Kommunisten. In ihnen drückte sich die heterogene Personalkonstellation der Volksfront aus, die auch maßgeblich die publizistische Arbeit und das Wirken beeinflusste.

Heinrich Mann: medienwirksames Gesicht und Vorreiter der Volksfront

Legt man den Fokus auf die über 100 Teilnehmer der Vollversammlung, wird jedoch schnell evident, dass von einer Einheits- oder gar repräsentativen Volksfront der deutschen Emigrationsgruppen im Nachhinein keine Rede sein kann, obwohl sich dort zahlreiche politische Exil-Gruppen und Persönlichkeiten versammelt hatten.¹³ Die Vollversammlung bestand größtenteils aus Intellektuellen – hauptsächlich Schriftstellern – und mehr oder weniger prominenten Einzelpersonlichkeiten, von denen zwar ein nicht zu leugnender Ausstrahlungseffekt ausging, der aber wie im Fall Heinrich Manns eher auf das Gastland Frankreich als auf Deutschland wirkte.

Heinrich Mann, als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns 1871 in Lübeck geboren, verkörperte wohl persönlich und literarisch das, was man einen nonkonformistischen, gesellschaftskritischen und hochgradig idealistischen Zeitgenossen nennt. Bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges war er einer der wenigen Schriftsteller gewesen, welche die nationalistische Rechtfertigung des Krieges ablehnten und auf dem Ideal des Humanismus und der Völkerverständigung beharrten.¹⁴ Sein Roman „Der Untertan“ stellte als wichtiges literarisches Werk dieser Zeit den nationalistischen, militaristischen und obrigkeitsstaatlichen Zeitgeist innerhalb der deutschen Gesellschaft bloß und sorgte mit seiner Veröffentlichung im Jahre 1918 für vielerlei Kontroversen. Mann glaubte an die Möglichkeit des bürgerlichen Intellektuellen, als moralischer Erzieher der Massen auftreten und Aufklärung betreiben zu können.¹⁵ Manns Impetus verkörperte den Anspruch, Literatur

13 Zu der genauen Teilnehmerliste siehe ebd., S. 331-335.

14 Vgl. Herden, Werner: Wege zur Volksfront. Schriftsteller im antifaschistischen Bündnis, Berlin 1978, S. 155.

15 Vgl. Jöckel, Wolf: Heinrich Manns ‚Henri Quatre‘ als Gegenbild zum nationalsozialistischen Deutschland, Worms 1977, S. 35.

und Sprache als kritisches Gegenbild zu den herrschenden Verhältnissen zu etablieren, um dadurch gesellschaftliche Missstände sichtbar zu machen und letztlich zu überwinden.

Dieser Idealismus, der aus Manns literarischem und personellem Wirken sprach, wurde für die Arbeit der Volksfront unverzichtbar, galt es doch, eine klare Gegenposition zum nationalsozialistischen Regime zu entwerfen. Wolfgang Jöckel hat sinngemäß dazu ausgeführt: „Der enge Zusammenhang von Gesellschaftskritik und der Gestaltung von Gegen- und Vorbildern gilt also für Heinrich Manns gesamtes Werk. Heinrich Mann war deshalb auch in besonderem Maße dazu prädestiniert, der im Exil immer wieder erhobenen Forderung nach Positivität entsprechend ein Gegenbild zum nationalsozialistischen Deutschland zu schaffen.“¹⁶

Darüber hinaus verschaffte sich Heinrich Mann durch sein literarisches und politisches Schaffen und durch unermüdliches Engagement für die Einheitsfront große Anerkennung bei den Arbeiterparteien. Bereits während der Reichspräsidentenwahl 1932 hatte Mann in einem Mahnruf an die deutschen Arbeiterparteien appelliert, eine Einheitsfront gegen den erstarkenden Faschismus zu bilden. Für ihn war die Volksfrontpolitik nicht nur ein parteitaktischer Winkelzug, sondern ein vom humanistischen Ideal durchzogener Demokratieansatz – eine „neue Art von demokratischer Praxis, die mit seiner Definition des Intellektuellen eine Humanisierung des Menschen anstrebte“¹⁷. Neben seiner Prominenz, die vor allem die ausländischen Medien auf die Belange der deutschen Einheitsfront lenken sollte, war er zudem über den Verdacht parteipolitischer Bindungen erhaben.¹⁸ Als überparteilicher Präsident des Volksfrontausschusses und authentischer Unterstützer der Einheitsfront konnte er als Vermittler und Integrator zwischen den heterogenen Gruppierungen wirken und als politischer Schriftsteller maßgeblichen Einfluss auf die Diskussion und Argumentation nehmen. Ohne Übertreibung kann wohl festgehalten werden, dass der Volksfrontausschuss und dessen Manifeste und Deklarationen ohne Heinrich Mann gar nicht erst zustande gekommen oder schon früh gescheitert wären. Mann schrieb selbst in seiner Autobiographie: „Dem Comité der Volksfront schulde ich die Anerkennung, dass es mir meine vermittelnde Haltung zwischen den Parteien eher dankte als übelnahm. Ein Sozialdemokrat ging so weit, mir zu sagen, ich wüsste wohl nicht, dass ich das Ganze zusammenhalte.“¹⁹

Neben seiner Integrationsfunktion kamen ihm noch weitere wichtige Aufgaben zu. Zum einen genoss er beste Kontakte zu internationalen und französischen Schriftstellern und der dortigen Volksfrontbewegung, mit deren Hilfe er der deutschen Volksfront medialen Zugang gewährleisten konn-

16 Ebd., S. 43.

17 Jasper, Willi: Heinrich Mann und die Volksfrontdiskussion, Bern/Frankfurt am Main 1982, S. 131.

18 Vgl. Pawek 1972 (s. Anm. 8), S. 108.

19 Zitiert nach Jasper 1982 (s. Anm. 17), S. 146.

te.²⁰ Schon auf dem „Ersten Internationalen Schriftstellerkongress“ im Jahre 1935 galt er als „Goethe-Deutscher“, repräsentierte also das andere kreative und schöpferische Deutschland. Zum anderen war er ein außerordentlicher Kenner der französischen Kultur, Geschichte und Sprache, was ihn im Exil doch von anderen Emigranten unterschied. Somit kann Heinrich Mann durchaus als öffentlichkeitswirksamer und sprachlicher Türöffner zum Emigrationsland Frankreich angesehen werden.

Willi Münzenberg: Organisator und Promoter

Wilhelm Münzenberg, dessen Biographie sich wie eine Gebrauchsanweisung für die Installation einer Grammophonnadel liest, die alte Töne mit neuer Musik verbinden soll, stand schon als Kind in Erfurt und Gotha vor dem Dilemma, immer irgendwie dazwischen zu stehen. Bereits sein Vater hatte als unehelicher Sohn eines Adligen und eines Mädchens aus unteren Schichten zwischen den Klassen gestanden. Die innere Zerrissenheit des Vaters übertrug sich natürlich auch auf Wilhelm, der in der Dorfschänke seine ersten politischen Erfahrungen erwarb und zudem die Kunst erlernte, mit Menschen umzugehen.²¹

Als junger Mann, stark von sozialistischen Vorstellungen geprägt, machte er sich auf Wanderschaft und landete schließlich als Hausbursche in der Zürcher Josef-Apotheke. In der Schweiz fand er schnell Kontakt zu dem Kreis um Lenin und wurde dort hauptamtlicher Sekretär der Sozialistischen Jugend. Bereits 1917 wurde er während einer Arbeiterdemonstration verhaftet und für fünf Monate inhaftiert. Dies war nicht sein letzter Aufenthalt im Gefängnis, den er seinem politischen Engagement zu verdanken hatte. Schließlich wurde er im Zuge der Oktoberrevolution als „mißliebiger Ausländer“ aus der Schweiz ausgewiesen – der Kontakt zu Lenin und dessen Kreis blieb bestehen.²²

Dieser Mann war ein unglaublich begabter Organisator – ein Genie auf dem Gebiet, das wir heute Öffentlichkeitsarbeit nennen. Und sein Talent verhalf ihm auch bald zum Erfolg: Ende 1919 wurde er der erste Sekretär der „Kommunistischen Jugend-Internationale“. Zudem gründete er die „Internationale Arbeiterhilfe“. Seine Stärke war vor allem das Organisieren von Kongressen, auf denen Bündnisse gegen den Imperialismus, Krieg und Faschismus geschlossen wurden. Nach dem Reichstagsbrand 1933 floh Willi Münzenberg, wie viele andere seiner Mitstreiter auch, in das Exilland der damaligen Zeit schlechthin: nach Frankreich.²³ Dort gelangte er 1933 nach

20 Vgl. Herden 1978 (s. Anm. 14), S. 195 f.

21 Vgl. Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 20 f.

22 Vgl. Brandt 1982 (s. Anm. 6), S. 151 f.

23 Vgl. Schulz, Tilman: Münzenberg, Willi, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 18, Berlin 1997, S. 553 f.

Paris, wo er durch die Fürsprache Heinrich Manns sehr schnell Kontakte zu linken Intellektuellen knüpfen konnte.

Im „Lutetia-Kreis“ tätig, entdeckte Münzenberg schnell, dass ein Zusammenfinden der beiden Arbeiterparteien für den gemeinsamen Kampf – eine Einheitsfront – zur damaligen Zeit schier unmöglich schien. Wie nur wenige wussten, besaß er das persönliche Vertrauen von Georgi Dimitrow an der Spitze des Komintern-Apparates in Moskau. Dieser verlangte besonders von der in Prag ansässigen SPD-Führung gemeinsame Appelle.²⁴ Die Disparitäten der verfeindeten Gruppen waren vor allem durch eine verschärfte Berührungsangst, resultierend aus den zwischenparteilichen Konflikten der Weimarer Republik, geschürt. Münzenberg hatte den Schneid, auf den anderen zuzugehen und freundliche Worte zu finden – auch in der Gefahr hin, abgewiesen zu werden. Indem er sich als Kommunist eigenmächtig auf die SPD zubewegte, gab er auch der eigenen Partei jene Entscheidungssouveränität zurück, die sie Jahre zuvor der Komintern geopfert hatte. Er verstand die Beschlüsse des VII. Weltkongresses und die damit verbundene Aufhebung der „Sozialfaschismusthese“ und versuchte diese auch zu realisieren. Er erstrebte die Volksfront auf Grundlage völliger Glaubens- und Gewissensfreiheit und erklärte die Politik der deutschen Kommunisten für falsch. Er legte „Beichte“ ab und überzeugte nicht durch „opportunistische Grundsatzlosigkeit“, die ihm Herbert Wehner immer wieder vorwarf.²⁵ Er war furchtlos und hatte keine Kontaktscheu, souverän hielt er diesen heterogenen Kreis zusammen – er war dessen konsensbildende Seele. Kurt Kersten, der produktive Publizist und gute Freund Münzenbergs, hatte mit seiner Feststellung unbedingt Recht, im „Ausschuss zur Vorbereitung der deutschen Volksfront“ wäre die größte Zahl unterschiedlicher politischer Organisationen, Gruppen und Personen vereint gewesen und dieser Ausschuss hätte sich zumindest zu Beginn der Volksfrontarbeit als repräsentative Vertretung der politischen deutschen Emigration betrachten können – auch wenn der sozialdemokratische Parteivorsitzende seinen Beitritt offiziell versagt hatte.²⁶ Und Münzenberg hielt dieses politische Ungetüm zusammen.

Was Münzenberg im „Lutetia-Kreis“ praktizierte, war eigene bündnispolitische Kontinuität. Kein anderer KPD-Führer konnte nach den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern an so solide, vertrauensvolle und ungetrübte Verhältnisse zu bedeutenden Intellektuellen anknüpfen wie er. Er vermittelte immer das Gefühl von Aufrichtigkeit – das war das Geheimnis seines Erfolges. Beispielsweise gelang es ihm, den großen, aber

24 Vgl. Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin – Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991, S. 86.

25 Siehe Wehner, Herbert: Erinnerungen (unveröffentlichtes Manuskript), in: Gross 1967 (s. Anm. 21), S. 293 (s. Anm. 21).

26 Vgl. Wessel 1991 (s. Anm. 24), S. 88 f.

auch eigensinnigen Lion Feuchtwanger zur Mitarbeit im „Lutetia-Kreis“ zu gewinnen.²⁷

Münzenberg war somit der Prototyp eines Vermittlers.²⁸ Zwar hatte Heinrich Mann formal den Vorsitz der deutschen Volksfront, aber Willi Münzenberg spannte geschickt die Fäden im Hintergrund und versuchte, alte Wunden zu versorgen.

Rudolf Breitscheid: zwischen den Stühlen

Rudolf Breitscheid repräsentierte sinnbildlich einen parteipolitischen Grenzgänger, was sowohl für seine Arbeit in der Volksfront als auch für sein ganzes Leben Geltung besitzen dürfte. Zuerst in linksliberalen Vereinigungen aktiv, stieß er 1912 im Rheinland zur SPD. Er blieb gleichwohl dem Liberalismus verpflichtet und sah in diesem die Notwendigkeit zur Förderung der sozialen Freiheit für die unterprivilegierten Schichten. Nach dem Ersten Weltkrieg machte sich Breitscheid als Außenpolitiker einen Namen und begleitete Gustav Stresemann auf Reisen zum Völkerbund nach Genf.²⁹ Als außenpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte er sich für die Westorientierung und die Versöhnung mit Frankreich ein.³⁰ Wie Heinrich Mann faszinierte ihn die Vorstellung eines geeinten, friedliebenden Europas. Als Typus verkörperte Breitscheid eher einen schreibenden und redenden Politiker, der weniger durch seine Taten als vielmehr durch seine Schriften auffiel.³¹ Der promovierte Nationalökonom hatte zudem journalistische Erfahrung als Redakteur bei verschiedenen liberalen Zeitungen gesammelt. Willy Brandt vermerkte später – natürlich auf subjektiven Beobachtungen gestützt –, dass Rudolf Breitscheid „mehr als andere Mitglieder der alten Parteiführung die Frage quälte, ob man wirklich alles versucht und ausgelotet habe, das hätte dazu verhelfen können, die Machtübernahme Hitlers zu verhindern“.³² Diese Frage schien Breitscheid auch im französischen Exil nicht loszulassen.

Rudolf Breitscheid lehnte jedoch lange eine Beteiligung an der „Zusammenfassung einer Reihe von literarischen und halbpolitischen Vereinen und einiger Einzelpersonen“³³ ab. Breitscheid, der quasi sinnbildlich zwischen den Fronten der einheitswilligen, sozialdemokratischen Emigranten in Paris und der strikten Ablehnung einer Einheitsfront mit den Kommunisten

27 Vgl. ebd., S. 96.

28 Vgl. ebd., S. 95 f.

29 Vgl. Brandt 1982 (s. Anm. 6), S. 153.

30 Vgl. hierzu Cavaillé, Marie-Dominique: Rudolf Breitscheid et la France 1919-1933, Frankfurt am Main 1995.

31 Vgl. Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874-1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Nürnberg 1970, S. 2.

32 Brandt 1982 (s. Anm. 6), S. 154.

33 Zitiert nach Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 166.

seitens des Parteivorstandes der SPD in Prag stand, machte lange Zeit keinen Hehl daraus, dass er den „Lutetia-Kreis“ als pseudopolitisch ansah, da dieser neben den Kommunisten insbesondere intellektuelle Solisten ohne politische Legitimation beherbergte. Wie sollte denn eine Volksfront etabliert werden, wenn vornehmlich Einzelgänger ohne Amt und politische Ausstrahlung daran teilnahmen? Im Grunde dürfte die Abneigung des Sozialdemokraten Breitscheid gegen die Intellektuellen wohl aus der organisationsfernen und individualistischen Art resultiert haben, die er ihnen zuschrieb. Zugleich vernahm Breitscheid aber auch, dass die Kommunisten die unpolitischen Intellektuellen immer stärker auf ihre Seite zogen. Da sich die Exil-Führung der SPD der Verantwortung zur Bildung einer Volksfront entzog, ergriff Breitscheid als Privatperson die Initiative und verständigte sich ohne Legitimation durch die Sopade mit den Kommunisten vor Ort.³⁴ Zuerst eine Kooperation zwischen der KPD, SPD und der SAP favorisierend, konnte sich Breitscheid aber doch von Münzenberg überzeugen lassen, dass eine breitere Koalition notwendig war, um weitere Kräfte zukünftig einzubinden.

Max Braun: glaubwürdiger Vorkämpfer der Volksfront

Der im Jahre 1892 in Neuss geborene Mathias Josef Braun entstammte einer kleinbürgerlichen, katholisch geprägten Familie. Sozialisiert und aufgewachsen in der rigiden und reglementierten Lebenswelt des katholischen Milieus, emanzipierte sich der lebensfrohe und weltoffene Junge bereits in der Schulzeit. Er legte später in Opposition zur katholischen Kirche seine beiden christlichen Vornamen ab und wendete sich nach der Lehrerausbildung der Kommunalpolitik zu. Max Braun galt schon zu Beginn seiner Parteikarriere nicht nur äußerlich betrachtet als „Lebemann“, der gerne sang, lachte und tanzte. Seiner Erscheinung und seinem Auftreten hafteten allerdings bürgerliche Eloquenz und intellektuelle Wesenszüge an, was innerhalb der Sozialdemokratie oftmals belächelt wurde. Im Gegensatz zu den meist puritanisch anmutenden blassen Gestalten der preußischen Sozialdemokratie strahlte Braun eine gewisse barocke, katholische Lebensfreude und Wesensart aus, die ihn auch in der preußisch dominierten Sozialdemokratie zum Sonderling machte. Max Braun war gleichwohl begabter Redner und Schreiber, der sich dem Ideal des demokratischen Erbes der Französischen Revolution verpflichtet sah. Seine linksrheinische Herkunft verstärkte seine radikaldemokratischen Überzeugungen, war doch hier die Prägung durch die französische Demokratiebewegung spürbarer als in anderen Gebieten Deutschlands. Im Jahre 1923 wurde Max Braun in das Saarland abgeordnet, wo er fortan als Redakteur der sozialdemokratischen *Volksstimme* und spä-

34 Vgl. Pistorius 1970 (s. Anm. 31), S. 360 f.; Freyberg, Jutta v./Hebel-Kunze, Bärbel: Die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit des Faschismus, in: Freyberg, Jutta v. et al. (Hg.): Geschichte der Sozialdemokratie 1863-1975, Köln 1975, S. 180-241, hier S. 231.

ter dann als erster Parteivorsitzender der Saar-SPD an richtungsweisenden Entscheidungen mitwirkte.³⁵

In den folgenden Jahren des Aufstiegs der Nationalsozialisten erfuhr Braun den NS-Terror am eigenen Leibe, als er im Jahre 1935 zusammen mit der KPD, Linkssozialisten und katholischen Kreisen ein breites Einheitsbündnis forcierte, um das Saarland weiterhin unter Kontrolle des Völkerbundes zu halten. Braun scheiterte mit seinen Bemühungen um eine Einheitsfront, gab aber den Glauben an ein überparteiliches Bündnis gegen die Nationalsozialisten auch ohne Unterstützung der Sopade nicht auf und wurde im August 1935 Mitglied des „Lutetia-Kreises“. Als Vertreter der saarländischen SPD genoss Max Braun in der französischen Emigration hohes Ansehen unter den Exil-Gruppen, hatte er doch als Vorkämpfer gegen das faschistische Deutschland bereits im Saarland seinen Einheitswillen unter Beweis gestellt. Darüber hinaus hatten die saarländischen Sozialdemokraten einzigartige organisatorische und publizistische Strukturen im französischen Exil aufgebaut, die es ermöglichten, nach Deutschland – natürlich eingeschränkte – Verbindungen zu halten.³⁶ Gerhard Paul konstatiert daher über den leidenschaftlichen Kampf Brauns für die Einheitsfront: „Für die SOPADE ist Max Brauns Saar-Experiment gescheitert; für ihn selbst ist es ein Opfer für Terror und Manipulation geworden. Einer Neuauflage der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront widmet er daher im französischen Exil schon bald wieder seine ganze Kraft.“³⁷

Volksfront der Intellektuellen und Parteifunktionäre

Ogleich die obig beschriebenen Manifestanten und Akteure der Volksfront nur ein kleines Destillat dieser heterogenen Gruppierung darstellen und natürlich damit keine Repräsentativität gewährleistet werden kann, lassen sich für sie dennoch exemplarisch einige gemeinsame Kompetenzen, Ressourcen und Charakterzüge aufzeigen. Alle Akteure entstammten der politischen, literarischen und intellektuellen Elite, wobei besonderes Augenmerk auf die sprachlichen und rhetorischen Kompetenzen gerichtet werden sollte. Heinrich Mann verkörperte als anerkannter Literat wohl den offensichtlichsten Beweis dafür, aber auch Max Braun, Rudolf Breitscheid und Willi Münzenberg, die als Redakteure oder Verleger agierten oder agiert hatten, waren vor allem schreibende Politiker, welche die Kraft und die Gestaltungsmacht der Sprache als politisches Mittel in das Zentrum stellten. Zugleich lässt sich festhalten, dass sich bei allen Akteuren, ob sie parteipolitisch gebunden waren oder nicht, eine flexible, undogmatische und autonome Eigenart herauskristallisierte, die eine unentbehrliche Bedingung für die Zusammenarbeit in

35 Vgl. allgemein zum Wirken und Leben Max Brauns Paul, Gerhard: Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987.

36 Vgl. ebd., S. 130.

37 Ebd., S. 99.

einer heterogenen Exil-Volksfront darstellte. Organisationshörige und unkritische Parteisoldaten wären für die Arbeit der Volksfront Sprengstoff gewesen. Die betrachteten Biographien der Akteure legen es nahe, dass sich größtenteils Grenzgänger und Querdenker für dieses Bündnis eigneten. Hinzu kam, dass die Akteure der Volksfront – sofern sie überhaupt als politische Vertreter auftraten – Funktionäre oder meist politische Einzelpersonen darstellten, die nur einen geringen Einfluss auf die Organisation ausübten und diese sie nicht binden konnte oder wollte. Die Sozialdemokraten unter ihnen beteiligten sich dabei ohne Rückendeckung des Exil-Parteivorstandes, präsentierten also nur ihre eigene Person und konnten keine starke Breitenwirkung in die Organisation entfalten. Eine solche Position erforderte neben einem starken Glauben an die geeinte Kraft der antifaschistischen Einheitsfront ausdrücklich auch Kritikfähigkeit an der eigenen Organisation, persönliche Weitsicht, ja gar eine Zukunftsvision, die es wert war, überparteilich mit früheren Rivalen zu kämpfen. Darüber hinaus war die Volksfront aber auch auf Akteure angewiesen, die genügend organisatorisches Vorwissen besaßen, aber auch finanzielle Ressourcen und Kontakte zu politischen und gesellschaftlichen Kreisen im In- und Ausland vermitteln konnten. Heinrich Mann und Willi Münzenberg waren dafür prädestiniert.

Die Rekrutierung der Volksfrontakteure und Manifestanten folgte daher einer Art Parteienproporz unter Mitwirkung zahlreicher Intellektueller und Parteifunktionäre. Wollte man nach außen eine gewisse Repräsentativität der Exil-Gruppen ausstrahlen, bedurfte es auch einer solchen Praxis. Paris diente dabei als intellektuelles Gravitationszentrum der deutschen Emigration, in dem sich nicht nur wichtige Verlage und Zirkel konstituierten, sondern auch zahlreiche Parteifunktionäre und Schriftsteller niederließen und austauschten.

Problematisch gestaltete sich allerdings die Tatsache, dass keiner der emigrierten Arbeiter, die ein Drittel der deutschen Emigranten in Frankreich stellten, an der „Lutetia-Konferenz“ am 2. Februar 1936 oder anderen Versammlungen der Volksfront teilnahm.³⁸ Die propagierte Volksfront aller Exilgruppen war damit zwar nicht im Wortsinne ad absurdum geführt worden, aber sie stellte ein reines Elitenprojekt dar, das weniger von gesellschaftlichen Gruppen, als vielmehr von bekannten Einzelpersonlichkeiten getragen wurde. Heinrich Mann vermerkte dazu selbstkritisch in seinen Memoiren: „Der erste falsche Schritt: die 50 000 geflüchteten Proletarier blieben aus der Rechnung – praktisch und persönlich. Kein Arbeiter saß in dem Komitee, dessen Vorsitzender ich war.“³⁹

38 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 166.

39 Mann, Heinrich: Ein Zeitalter wird besichtigt. Erinnerungen, Frankfurt am Main 1988, S. 420.

DIE DOKUMENTE DER VOLKSFRONT: PUBLIZISTISCHER WIDERSTAND AUS DEM PARISER EXIL

Die *Freiheits-Korrespondenz* vom 4. Februar 1936 signalisierte als erste Zeitung ein wenig Hoffnung, indem dort als richtungsweisendes Zeichen einer geeinten Volksfront die „Kundgebung an das deutsche Volk“ veröffentlicht wurde. Der Kampf gegen den drohenden Krieg und gegen das Hitler-Regime war offenkundig noch nicht vollends zum Erliegen gekommen. Widerstand gegen die NS-Diktatur hatte sich formiert, wenn auch nicht im Deutschen Reich selbst, sondern in Frankreich.⁴⁰

Und Paris hatte Vorteile: Auf der einen Seite war es gerade für den von außen agierenden Widerstand besonders wichtig, schnell in das Heimatland zurückzukehren, um dort an Aktionen gegen das Regime teilzunehmen; zudem brauchte man eine schnelle Rückzugsmöglichkeit. Auf der anderen Seite verschaffte die Genfer Konvention allen Eingereisten – ob legal oder illegal – die Möglichkeit, einen Pass zu beantragen.⁴¹ Im Folgenden sollen nun die wichtigsten Dokumente dieser Exil-Volksfront aus dem Jahre 1936 chronologisch näher untersucht werden. Beginnend mit der großen „Lutetia-Konferenz“ vom 2. Februar soll der Bogen vom „Amnestieappell“ bis zum „Freiheit-Frieden-Brot-Appell“ vom 21. Dezember gespannt werden.⁴²

Amnestieappell

So wie die Volksfrontbemühungen generell, stellte auch der am 2. Februar 1936 von der Vollversammlung der „Lutetia-Konferenz“ einstimmig angenommene „Amnestieappell“ ein Dokument dar, das vor allem den gemeinsamen Willen und die Verantwortlichkeit aller oppositionellen Deutschen im Exil für eine gemeinsame Amnestieaktion unterstreichen und primär das

40 Die Anzahl der nach Frankreich emigrierten Deutschen ist aufgrund unterschiedlicher Berichte schwierig zu ermitteln. Besonders zu berücksichtigen sind die ca. 3.000-4.000 Emigranten aus dem Saarland. Allgemein kann von 35.000-40.000 Menschen ausgegangen werden, die ihren Weg nach Frankreich fanden. Davon waren ca. 3.000 Sozialdemokraten, 1.000 Katholiken, 2.000 Pazifisten, 300 SAP-Mitglieder und 7.400-9.500 weltanschauliche Gegner. Die Zahl der nicht rassistisch motivierten Emigranten lag zwischen 20,5 und 27,6 Prozent. Es waren aber besonders junge Männer, Arbeiter und Facharbeiter; vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 61 ff.

41 Vgl. ebd.

42 Sämtliche Dokumente sind auch aufgeführt in: Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 3: Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse, Berlin 2005.

Ausland über den Terror im Inneren Deutschlands informieren wollte.⁴³ Nicht umsonst nannten die Teilnehmer das Manifest „An Alle“, um damit, trotz aller weltanschaulichen Unterschiede, für eine Einigung der Exilgruppen zumindest auf Basis der elementarsten Menschenrechte zu plädieren. Im Gegensatz zur Propaganda der Nationalsozialisten versuchten die Teilnehmer der Konferenz, das wahre, entmenslichte Deutschland abzubilden und mithilfe einer stark moralisierenden und emotionalen Rhetorik das Ausland mit den zahlreichen Opfern im nationalsozialistischen Deutschland zu solidarisieren.

Die Menschenrechtsverletzungen unter der NS-Herrschaft sollten publik gemacht und in den medialen Fokus gerückt werden. So hieß es beispielsweise: „Die deutschen Machthaber betrügen Euch, Männer und Frauen der ganzen Welt! Sie täuschen Euch in Worten, Reden, internationalen Verhandlungen und Veranstaltungen einen Staat vor, der wie jeder andere wäre, und Zustände, in denen sich es leben ließe. Das ist nicht wahr!“⁴⁴ Zugleich erklang in dem Manifest ein dezidiert humanistischer Unterton, der schonungslos darlegte, wie wenig Gewicht die Grundrechte des einzelnen Menschen in der rassistischen NS-Ideologie in Deutschland besaßen. Den Kern des Manifests stellte gleichwohl die Forderung nach Amnestie aller Gegner des gegenwärtigen deutschen Regimes dar. Die persönliche Identifikation mit den Opfern der NS-Diktatur und die Betonung der Menschlichkeit über alle konfessionellen, politischen und geographischen Grenzen hinweg sollten insbesondere das Ausland emotional und moralisch erreichen und für die unerträglichen Zustände des deutschen Faschismus sensibilisieren. Es galt, der unmenschlichen, gewalttätigen Barbarei der Nationalsozialisten die solidarische Humanität entgegenzusetzen. „Ob Christen, Juden, Sozialisten oder Demokraten, Euresgleichen sind alle deutschen Opfer; gerade die Verschiedenartigkeit zeigt Euch, dass auch ihr darunter wäret. Befreit den Gefangenen, der schon verzweifelt! Reißt den Todgeweihten vom Richterblock fort! Beweist Kerkermeistern und Henkern, dass Ihr die Stärkeren seid, dass die vereinigte Macht der menschlich Fühlenden sogar die schreckliche Gewalt des Bösen brechen und entwapfen kann! Fordert die Amnestie!“⁴⁵

Die Publikation des Amnestie-Manifests war für den dritten Jahrestag des Reichstagsbrandes geplant. Damit sollte es wohl einen symbolischen Gegenpol zur Machtergreifung der Nationalsozialisten darstellen und an das wahre Wesen der NS-Diktatur erinnern. Was mit dem Reichstagsbrand in Deutschland begann, hatte mit flammender Gewalt innerhalb dreier Jahre die Grundfesten der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dermaßen erschüttert, dass es unausweichlich erschien, die ausländische Öffentlichkeit über den Terror in Deutschland zu informieren, um die Stimme der Menschlich-

43 Vgl. das Manifest „An Alle“, zuerst abgedruckt in: Gegen-Angriff, 22.02.1936, S. 2.

44 Ebd.

45 Ebd.

keit einheitlich einzufordern. Die Hoffnung auf eine politische Verbesserung in Deutschland beruhte dementsprechend auf der Existenz einer geeinten antifaschistischen Einheitsfront im Ausland. Bevor das Manifest von der Vollversammlung am 2. September 1935 angenommen wurde, hatten deshalb einige Repräsentanten der Arbeiterparteien gefordert, den Text umzuarbeiten, um die antifaschistischen Gruppen im Ausland zu weiteren Maßnahmen zu bewegen. Das Manifest wurde gemäß dieser Forderungen noch in der Nacht von einer Redaktionskommission umgearbeitet und von der Vollversammlung einstimmig angenommen.⁴⁶

Kundgebung an das deutsche Volk

Während sich also der „Amnestieappell“ vor allem nach außen richtete, konzentrierte sich die zweite Deklaration der „Lutetia-Konferenz“ vom 2. Februar 1936 – „Die Kundgebung an das deutsche Volk“ – auf die Binnensichtweise Deutschlands.⁴⁷ War die Verabschiedung und Ausarbeitung des „Amnestieappells“ noch vergleichsweise ruhig über die Bühne gegangen, kristallisierten sich im Vorfeld der zu verfassenden „Kundgebung“ die verschiedenen Auffassungen zu den ideologischen, politischen und taktischen Positionen wieder heraus. Während der „Amnestieappell“ weniger die zukünftigen innenpolitischen Konzeptionen tangierte und stärker auf einer Solidaritäts- und Amnestieforderung beruhte, sollte die „Kundgebung“ zumindest eine grobe politische Richtung nach dem Ende der NS-Herrschaft weisen, die freilich mehr eine Kompromissformel darstellte, als einen großen programmatischen Wurf verkörperte. Der Streit über den Inhalt der Deklaration und die ausartenden Diskussionen drohten eine gemeinsame Erklärung jedoch scheitern zu lassen. Am Ende wurde die Vorlage der Erklärung der bürgerlichen Demokraten unter maßgeblichem Einfluss von Heinrich Mann mit zwei Änderungen verabschiedet.⁴⁸ Mann hatte sich dabei wieder nicht nur als persönlicher, sondern vor allem auch als inhaltlicher Vermittler erwiesen. Insofern lässt sich durchaus konstatieren, dass der Manifestationsprozess mehr einem inhaltlich balancierten Drahtseilakt als einer spontanen Bekundung glich. Besondere Bedeutung kam dabei auch Willi Münzenberg und Max Braun zu, die unablässig für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Kundgebung geworben und in Einzelgesprächen Überzeugungsarbeit für die Deklaration geleistet hatten.

Daher war es nicht verwunderlich, dass die „Kundgebung“ in ihren politischen und vor allem wirtschaftlichen Forderungen eher vage blieb. Vor allem das Demokratieverständnis der Kommunisten, die trotz ihres taktischen Schwenks Eingeständnisse an Sozialdemokraten und Bürgerliche

46 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 338.

47 Vgl. „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

48 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 349.

machten, überzeugte viele Teilnehmer keineswegs und machte eine klare Stellungnahme des heterogenen Bündnisses schwierig.

Inhaltlich warnte die „Kundgebung“ unter anderem vor der drohenden Gefahr eines deutschen Eroberungskrieges gegen die Völker Europas und forderte einen Zusammenschluss aller Oppositionellen in Deutschland, um diesem Schreckensszenario die Stirn zu bieten. So hieß es: „Angesicht dieses Schrecknisses, das Deutschland selbst und die übrige Welt mit Zerstörung bedroht, wird eindringlich festgestellt, dass der Ausbruch oder Nichtausbruch des Verderbens vielleicht davon abhängt, ob und in welchem Grade die Widerstände sich im deutschen Volke verbreitern und zusammenschließen.“⁴⁹

Während einige Teilnehmer lieber gar keine Resolution gesehen hätten, weil die Ausführungen zur Demokratie auslegbar waren und wohl mehr Schein als konkrete Substanz einer Volksfront dahintersteckte, begrüßten andere das Dokument als – freilich minimalen – richtungsweisenden Ansatz. Ursula Langkau-Alex, die renommierteste Kennerin der Volksfront und ihrer Dokumente, bezeichnet die „Kundgebung“ als „ein Gemisch aus humanitärem, liberalem, sozialpatriotischem und kultursozialistischem Gedankengut“⁵⁰ und auch Gerhard Paul formuliert zum Ergebnis der Konferenz: „Der Grundtenor auch dieser Konferenz: erst Einheit, dann Klarheit. Um diese Einheit nicht zu gefährden, werden inhaltlich-politische Programmdiskussionen vermieden. Die KPD rückt mit Präzisierungen ihrer Vorstellungen von der demokratischen Republik nicht heraus.“⁵¹ So wie die Zusammensetzung der Volksfront auch, atmete diese Deklaration den Geist einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Kompromissformel, die rhetorisch und programmatisch hatte abgeschwächt werden müssen, um einstimmig von allen Teilnehmern der Konferenz angenommen werden zu können. Ein politisch-institutioneller Rahmen war hieraus nicht ableitbar, bis auf die Verpflichtung zur Solidarität und den Kampf gegen das nationalsozialistische Terror-Regime mitsamt seinem geplanten Angriffskrieg.

Rückblickend ist auch festzustellen, dass sich die „Kundgebung“ und der zugrundeliegende Forderungskatalog von der sozialen und politischen Wirklichkeit der meisten Menschen in Deutschland deutlich unterschieden. Die „Kundgebung“ attestierte „eine tiefe und einheitliche Sehnsucht aller Deutschen, ausgenommen der direkten Nutznießer des Systems, nach dem Ende dieses Terror und nach Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte [...]“⁵². Dieses Zerrbild der deutschen Alltagserfahrung war in besonderem Maße der exilbedingten Isolation von der Massenbasis und den einseitigen Informationslieferungen der konspirativen Kreise im Inland geschuldet. Die Verfasser unterschätzten – trotz aller Repression gegen die

49 „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

50 Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 350.

51 Paul 1987 (s. Anm. 35), S. 138.

52 „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

Opposition in Deutschland – die Macht des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs in Deutschland, der zwar hauptsächlich auf den Rüstungsboom zurückzuführen war, aber im Gegensatz zur letzten Phase der Weimarer Republik vor allem für die Arbeiterklasse neue Zukunftschancen beinhalten.⁵³ Beide Dokumente wurden in Zeitungen und Zeitschriften der Emigranten sowie des Auslandes und der Komintern veröffentlicht. Publikationen in öffentlichen Presseerzeugnissen der Sopade blieben hingegen aus, was nicht nur eine weiträumigere Verbreitung der Dokumente verhinderte, sondern auch deren Repräsentativität einschränkte.

Betrachtet man außer den inhaltlichen Forderungen auch die Einflüsse auf den Zugang zur öffentlichen Debatte, wird deutlich, dass beide Dokumente ihr Ziel einer gemeinsamen publizistischen Aufklärung nicht erreichten. Ein Grund dürfte sein, dass darauf verzichtet wurde, unter beide Dokumente die Unterschriften der Teilnehmer zu setzen. Stattdessen vermerkte man in der Vorbemerkung zur „Kundgebung an das deutsche Volk“: „Über hundert Vertreter des freiheitlichen deutschen Bürgertums und der deutschen Arbeiterschaft aller Richtungen, die Anfang Februar 1936, drei Jahre nach dem Beginn des gegenwärtigen deutschen Regimes, zu einer Tagung im Ausland versammelt, beschließen ihre Prüfung und Aussprache einmütig wie folgt [...]“.⁵⁴ Die Anonymität der Personen und Organisationen wurde damit legitimiert, „dass weitere Bemühungen um den Anschluss anderer Organisationen und Gruppen erfolgen sollten“.⁵⁵ Man versuchte also, die Forderungen der Dokumente, nicht aber die dahinter stehenden Personen ins Zentrum zu stellen. Diese Strategie war durchaus verständlich, lag der Fokus der Volksfront doch nicht auf einer personellen oder organisatorischen Einheit, sondern vielmehr auf allgemeinverbindlichen politischen Zielen und Grundforderungen, die es im gemeinsamen Kampf gegen die NS-Herrschaft zu untermauern galt.

Letzendlich gelang es aber gerade nicht, ohne konkrete Unterschriften und genaue Organisationsbekundungen weitere Organisationen und Gruppen im Exil längerfristig an dieses fragile Bündnis zu knüpfen. Obwohl vor allem das Amnestie-Manifest auch außerhalb des „Lutetia-Kreises“ breite Zustimmung gefunden hatte. Schon in der Frühphase der Volksfrontarbeit kristallisierte sich heraus, dass öffentlich wirksame Deklarationen nicht nur zentrale allgemeine Forderungen implizieren mussten, die ein breites Bündnis verschiedener Gruppen ermöglichten, sondern vielmehr auch Unterschriften und eindeutige Bekundungen der sympathisierenden Organisationen diesen Dokumenten Klarheit und auch eine gewisse repräsentative Autorität vermitteln konnten, die gegen die forcierte Propaganda der NS-Regierung bitter benötigt wurden.

53 Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 103.

54 „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

55 Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 351.

WEITERE BEMÜHUNGEN OHNE VERHANDLUNGSFÜHRER

Am 7. März 1936 erfolgte die Besetzung des Rheinlandes durch die deutsche Wehrmacht. Hitler hatte sie offiziell als Reaktion auf die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandsvertrages veranlasst, um so einerseits die Souveränität des Reiches über die Westgrenze hinaus wieder herzustellen und andererseits die Versailler Friedensbedingungen weiter zu revidieren. Dies bot den Exilintellektuellen und Arbeiterführern genug Anlass, weitere Appelle an das deutsche Volk zu richten.

Noch keine fünf Wochen alt, aber dennoch aktionsfähig war zum Zeitpunkt der Rheinlandbesetzung beispielsweise der „Aktionsausschuss für Freiheit in Deutschland“. Dieser verfasste einen Appell an das deutsche Volk, der allerdings nur als Fetzen einer sich wiederentwickelnden Sammlungsbewegung angesehen werden kann, da selbiges zugleich viele andere politische Gruppen und Parteien taten.⁵⁶ Die bereits gebildete Programmkommission hatte sich obendrein am Vorabend der Besatzung zerstritten und beschloss, vorerst nicht mehr zu tagen. Gleichwohl ergriffen Rudolf Leonhard und Helmut Hirsch vom Aktionsausschuss die Initiative und verfassten am 8. März 1936 eine Erklärung, die zugleich in den tonangebenden liberalen Tageszeitungen Frankreichs, dem *Pariser Tageblatt* und *Le Temps*, abgedruckt wurde, danach noch in anderen Presseorganen der Emigration und des Auslandes.⁵⁷

Die eigentlich tonangebenden Verhandlungsführer glänzten dabei durch Abwesenheit: Wilhelm Koenen war nach Prag zurückgekehrt, Franz Dahlem und Münzenberg weilten in Moskau und Heinrich Mann zog es nach Nizza. Dennoch gelang es Leonhard und Hirsch, die nötigen Vollmachten für die Unterzeichnung des Appells von Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger, also von Vertretern des freiheitlichen Bürgertums, einzuholen. Zudem unterschrieben die Einzel- und Kollektivmitglieder des Aktionsausschusses.⁵⁸

Im Namen aller „friedensliebenden Kräfte“ im deutschen Volk wurden zum einen die Gewaltmethoden im Innern, die Politik der Bedrohung und Vertragsbrüche gegenüber dem Ausland zum anderen verurteilt. Besonders war aus dem Schriftbild ein übergeordnetes Leitmotiv abzulesen – es ging

56 Gedacht sei hierbei kurz an: die Erklärung des PV der SPD zur Rheinlandbesetzung, die am 15. März 1936 im *Neuen Vorwärts* erschien, die Einheitsfront-Initiative der SAP oder an eine Grammophonplatte des ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), die gegen die Abstimmung am 29. März mobil machen sollte.

57 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 2: Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, Berlin 2004, S. 105.

58 Vgl. ebd.

um das Kollektiv und um dessen Freiheit. Das deutsche Volk im Inneren des Reiches könne seinen Willen nicht mehr frei erklären. Der diktatorische Apparat sei zu mächtig, erklang als Tenor aus dem Manifest. Nun sei es Aufgabe all jener Deutschen, die außerhalb der Grenzen des Reiches leben, frei zu sprechen – gegen Krieg und Gewaltmethoden, gegen Bedrohung und Vertragsbrüche. Dies sicherlich auch um zu zeigen, dass es doch noch friedensliebende Kräfte innerhalb und außerhalb des Reiches gebe. Des Weiteren waren es religiös geprägte Begriffe wie beispielsweise „der Weg zum Glück“ oder „nur ein verblendeter Teil“, welche die Verfasser geschickt in ihre Argumentation eingebaut hatten.⁵⁹ Mit der ein wenig distanzierenden Formulierung „In ihrem Auftrage“ fand der Appell durch die Unterzeichner ein bündiges Ende. Die Frage, wie der Aufruf in der Emigration und auf das Gastland Frankreich wirkte, kann nur spekulativ beantwortet werden. Aber sicherlich ergänzte er eine Erklärung der französischen Regierung, die von Kammer und Senat am 10. März 1936 mit allgemeiner Zustimmung angenommen worden war und sich ebenfalls mit einem Appell an das deutsche Volk richtete, und gewann dadurch an Gewicht.⁶⁰

„SEID EINIG! EINIG GEGEN HITLER!“

Beinahe neun Wochen später, am 21. Mai 1936, konnte der aufmerksame Bürger eine weitere Erklärung der deutschen Opposition zur Rheinlandbesetzung lesen. Diesmal jedoch nicht von einem Ausschuss, sondern vom „Lutetia-Kreis“ selbst.⁶¹ Die Erklärung bezog ihre Autorität erstens aus dem Rekurs auf die „Lutetia-Konferenz“ vom 2. Februar 1936 und zweitens aus den erstmals gesetzten Unterschriften von Angehörigen der politisch und weltanschaulich heterogenen Gruppierungen des „Lutetia-Kreises“ unter ein gemeinsames Dokument. Den Namen der Sozialdemokraten und Kommunisten war die frühere politische Funktion hinzugefügt.⁶² Dies erschien sicherlich für die Verbreitung und öffentliche Wahrnehmung sehr wichtig, da Dokumente, die nicht von Parteien oder bekannten Personen unterzeichnet wurden, in der Öffentlichkeit kaum Gehör fanden, wie Willi Münzenberg am 15. Mai 1936 folgerichtig festgestellt hatte.⁶³ Dennoch barg dieses Un-

59 Vgl. Pariser Tageblatt, 14.03.1936.

60 Vgl. Pariser Tageblatt, 11.03.1936, abgedruckt in: Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 106.

61 Vgl. Pariser Tageblatt, 21.05.1936 u. 22.05.1936, auch in: L'Huminate: Le Peuple allemand est contre la politique de guerre de Hitler; 24.05.1936 in: Deutsche Volks-Zeitung: Zusammenschluss notwendiger denn je! Eine beachtenswerte Erklärung der deutschen Linken für den Kampf um die Erhaltung des Friedens; die *Rote Fahne* titelte: „Seid einig! Einig gegen Hitler!“

62 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 126.

63 Vgl. ebd.

terfangen erhebliche Risiken für diejenigen Unterzeichner, die bis dahin noch nicht von der Gestapo als „deutschlandfeindlich“ eingestuft worden waren. Sie schrieben sich somit selbst auf die Listen, die zu ihrer Ausbürgerung aus Deutschland führten.

Die Sammlung der Unterschriften und zugleich der Versuch, den Prager Parteivorstand der SPD und weitere Persönlichkeiten in anderen Exilzentren zu gewinnen, erklären sicherlich die Tatsache, dass zwischen Verabschiedung und Veröffentlichung der Rheinlanderklärung mehrere Wochen vergingen. Walter Ulbricht verfolgte zugleich das Ziel, die Vertreter der SAP von der Unterzeichnung des Dokuments auszuschließen, um so eine Einheitsfront von KPD und SPD zu demonstrieren, auf der die Volksfront seiner Meinung nach primär fußen sollte.⁶⁴

Der Aufruf richtete sich ganz gezielt an alle deutschen Arbeiter und an alle Frauen und Männer, die Deutschland und die Welt vor einem erneuten Krieg bewahren wollten. Etwas träumerisch appellierte man zugleich an die Arbeiter und Organisationen in der ganzen Welt, den Kampf gegen Hitler zu unterstützen. Beispielsweise sollte dies durch die Verhinderung jeglicher finanzieller Unterstützung Hitler-Deutschlands und den Kampf für die Amnestie der eingekerkerten Gegner des NS-Regimes geschehen. Die Autoren selbst sahen ihr Handeln als „heroisches Ringen“ und kritisierten den Einfluss der deutschen Industrie – besonders den Einfluss der Familien Krupp, Thyssen und Vöglers, die bereits 1914 stark von einem Krieg profitiert hatten – auf die erneut aktuellen Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches.⁶⁵

Das deutsche Volk „allein“ drohe den Verbrechern in die Arme zu fallen, aber die „entschlossene Friedensfreude“ aller Nationen könnte ihm helfen, das Unheil abzuwenden.⁶⁶ Die Rheinlandbesetzung wurde als Startschuss für die befürchteten Überfälle auf Frankreich, Belgien, Österreich, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion gesehen und fügte sich in die Kriegsprovokationen der Länder Italien und Japan ein. Der „Lutetia-Kreis“ setzte alldem die „offenkundige Wahrheit“ entgegen und verdeutlichte, dass das deutsche Volk keinen Krieg wolle, sondern Frieden: Es sei folglich die Frage des Widerstandes, ob und in welchem Maße „das Verderben“ über Deutschland hereinbrechen werde.

Die Autoren verwiesen auf die am 29. März 1936 anstehende Reichstagswahl und die damit einhergehende Abstimmung des deutschen Volkes über Hitlers Rheinlandpolitik. Sie bemerkten schnell, dass Hitler die angesetzten Wahlen zum Reichstag mit einem Plebiszit verbinden würde. Das Ergebnis der Wahl ist bekannt – mit 99 Prozent der Stimmen konnte die NSDAP ihren Machtanspruch scheinlegitim begründen. Gleichwohl sahen sowohl die deutschen Emigranten als auch die internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung und die Regierungen Frankreichs, Englands und

64 Vgl. ebd., S. 126 f.

65 Vgl. Pariser Tageblatt, 21.05.1936.

66 Ebd.

der Sowjetunion in der Rheinlandbesetzung die bisher größte Kriegsgefahr für Europa.⁶⁷ Alle Voraussetzungen für eine nationale und internationale Einheitsfront, für eine Volksfront und für das von nicht wenigen erträumte Staatenbündnis zwischen der Sowjetunion, Frankreich und England – folglich ein Bündnis, das die deutsche Opposition als Partner anerkennen würde – schienen gegeben zu sein.⁶⁸

„FÜR FRIEDEN, FREIHEIT UND BROT!“

Dieser Schlachtruf, den bereits 1918 Revolutionäre durch norddeutsche Straßen trieben, vervollständigte auch knapp zwanzig Jahre später das Postulat des Volksfrontausschusses für die Bildung einer deutschen Volksfront. Die Intention war unverändert: Eine neue Zeit sollte kommen, Demokratie geboren und gelebt werden.⁶⁹ Die Programmkommission manifestierte alsdann am 21. Dezember 1936 einen „Aufruf an das deutsche Volk“, der jedoch lediglich als Kompromisspapier angesehen werden kann. Dieser fand in tonangebenden liberalen französischen Zeitungen sowie der Exilpresse weite Verbreitung.⁷⁰

Beinahe zur selben Zeit machte die „Deutsche Front“ ebenfalls in einem „Aufruf an das deutsche Volk“ gegen Hitler mobil. Insbesondere deshalb galt es für den Volksfrontausschuss in Paris, sich von dessen katholisch-konservativem Gedankengut zu unterscheiden und zu distanzieren.⁷¹

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung kam es zu verschiedenen Entwürfen der unterschiedlichen Parteien und Organisationen, deren Zusammenführung Aufgabe einer engeren Redaktionskommission war.⁷² Schon der einleitende Teil ließ erkennen, dass die Gedanken des KPD-Entwurfs großen Anklang in der Redaktion genossen. Die Anrede „Volksgenosse“

67 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 98.

68 Vgl. ebd., S. 99.

69 Vgl. Paschen, Joachim: „Frieden, Freiheit, Brot!“. Die Revolution 1918/1919 in Hamburg, Hamburg 2008.

70 Veröffentlicht im *Pariser Tageblatt* am 8. Januar 1937, in der *Deutschen Volkszeitung* am 10. Januar 1937, der *Neuen Weltbühne* am 14. Januar 1937, der *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* am 14. Januar 1937, *Le Populaire* am 16. Januar 1937 sowie in der *Roten Fahne*, der *Neuen Front* und der *Norddeutschen Tribüne*. Im Folgenden wird auf das *Pariser Tageblatt* verwiesen.

71 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 559.

72 Zu den einzelnen Entwürfen von KPD, SAP und den jeweiligen Reaktionen der Redaktionskommission siehe dies.: „Bildet die deutsche Volksfront!“. „Für Frieden, Freiheit und Brot!“, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Jg. 21 (1985), S. 183-202, hier S. 191 ff.

oder der Gebrauch des Begriffs „Heimat“ belegten dies sehr deutlich. Diese Topoi bekräftigten den kulturhistorischen und sozialpatriotischen Charakter, der schon bei der „Kundgebung an das deutsche Volk“ im Februar 1936 spürbar war.⁷³ Zwar war aus ihm eine scheinbar programmatische Einheit herauszulesen. Dennoch zeugte deren Entstehung von etlichen Missklängen, Missverständnissen und Dissonanzen.

Trotzdessen war die Agenda eindeutig: Es ging zuerst um die Freilassung aller „Opfer des Regimes“. Freiheits- und Bürgerrechte mussten in der deutschen Gesellschaft manifestiert werden – „Freiheit für das Volk!“ als Grundannahme und Startpunkt für den Kampf um die Befreiung vom Nationalsozialismus.⁷⁴ Doch wie sollte ein Staat nach Hitler aussehen? Immerhin hatte die KPD die Festschreibung einer „demokratischen Republik“ entworfen, die nun allerdings nicht in den Appell mit aufgenommen wurde. Hierbei muss erneut Heinrich Mann eine bedeutende Rolle zugesprochen werden, der diplomatisch balancierend zwischen KPD und SAP wirkte. Viele sahen in dem Konstrukt einer „demokratischen Republik“ auch lediglich die Fortführung der Weimarer Republik, die es doch zu verhindern galt, da eine wirtschaftliche Absicherung besonders für die unteren Schichten gefehlt hatte. Dennoch wurden Grundzüge für ein neues System genannt: Eine neue Wirtschaftsordnung sah – historisch und politisch begründet – Eingriffe in Großeigentums- und Kapitalstrukturen und die Einführung von Arbeiterrechten vor. Ebenfalls wurde die Förderung eines von Staatszwängen und hohen finanziellen Lasten befreiten bürgerlichen und städtischen Mittelstandes begrüßt. Mit der Umstrukturierung der Kriegs- auf eine Friedens- und Bedarfswirtschaft, mit der Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten und der Bekämpfung der Armut und der Ausbeutung im Innern und außerhalb des Reiches könnte der Umschwung gelingen.⁷⁵

Die Rheinlandbesetzung und zugleich deutsche Bomben in Spanien ließen keinen Zweifel am „Ausrottungskampf gegen alle freiheitlichen Bewegungen in der Welt“.⁷⁶ Ein wenig verwunderlich an dieser Passage war die Verwendung biblischer Argumentationsmuster, obwohl die katholische Arbeiterschaft vom Zug der Volksfront zu diesem Zeitpunkt bereits abgesprungen war.

Verzichtet wurde jedoch auf Antworten auf die Frage, wie ein neues Deutschland aufgebaut werden sollte. Immerhin war den Protagonisten klar, dass sie mit mehr oder weniger diktatorischen Mitteln die Schaffung eines „unverfälschten demokratischen Wahlrechts“ durchsetzen mussten. Zudem würden sie, die jetzt vereint standen, bei zukünftigen Wahlen wieder gegeneinander antreten.⁷⁷

73 Vgl. dies. 2004 (s. Anm. 57), S. 553.

74 Vgl. ebd.

75 Vgl. ebd.

76 Vgl. Pariser Tageblatt, 08.01.1937.

77 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 553.

Der „Freiheit-Frieden-Brot-Appell“ stellte überdies einen Aufruf zur Freilassung der Opfer des Regimes dar und richtete sich gegen Terror- und Ausnahme Gesetze, die Zensur von Presse und Einschränkung der Versammlungsfreiheit und plädierte für die Bestrafung all derer, die für die Verbrechen des existierenden Systems verantwortlich waren. Er stand zugleich für ein Ende der Rassenhetze und gegen eine kriegstreibende Propaganda; für die Wahl der Richter durch das Volk und gegen willkürliche Justiz durch eine verbürgte Rechtsordnung; schließlich für die Befreiung der Wissenschaft und den Neuaufbau aller Unterrichtsanstalten in freiheitlichem, modernem Geist.⁷⁸

Und wie war es um die Zustimmung innerhalb der Gruppe der Antinationalsozialisten für diesen Appell bestellt? „Geht man von der Veröffentlichung aus, so war die Zustimmung zu dem Appell, mindestens die Erleichterung darüber, dass überhaupt ein programmatischer Aufruf mit Unterschriften zustande gekommen war, relativ groß.“⁷⁹

Das Ziel musste auch sein, so viele Unterschriften wie möglich unter das Dokument zu setzen. Relativ einfach erschien es, in New York Unterschriften prominenter Exilanten mit und ohne Parteibuch aus dem linken intellektuellen Milieu zusammenzubekommen. Die alten Zirkel der Weimarer Zeit funktionierten wieder und es gelang, die Unterschriften von Alfons Goldschmidt, Julius Lips, Klaus Mann, Ernst Toller und Gerhard Seger – wobei Letztgenannter seine Unterschrift wieder zurückzog – zu gewinnen. Breitscheid und mit ihm einige andere Sozialdemokraten zögerten anfangs, ein wenig irritiert von den „Moskauer Schauprozessen“, das Dokument zu unterzeichnen, taten dies später aber doch noch.⁸⁰

Bemerkenswert bei den Unterzeichnern war, dass diejenigen Intellektuellen, die unterschrieben – anders als bei den Appellen zuvor –, ohne Gruppenzugehörigkeit aufgeführt wurden. Das Etikett „Vertreter des freiheitlichen Bürgertums“ wurde ausgespart. Die zehn Unterzeichner der SAP waren die einzigen, die als Vertreter ihrer Partei zeichneten, während beispielsweise auf Seiten der Kommunisten Herbert Wehner sein Pseudonym Kurt Funk verwendete. „Von der Gruppe ‚Neu Beginnen‘ unterschrieb nicht einmal Hans Walter Ehrmann, obwohl er in der Appellkommission an der Endfassung mitgeschrieben hatte.“⁸¹ Vertretern des ISK war auch diesmal verwehrt worden, sich an den Unterschriften zu beteiligen.⁸²

78 Vgl. Pariser Tageblatt, 08.01.1937.

79 Zitiert nach Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 555.

80 Vgl. ebd., S. 555 f.

81 Zitiert nach ebd., S. 559.

82 Vgl. ebd., S. 561.

DIE WIDRIGEN UMSTÄNDE FÜR DIE EXIL-VOLKSFRONT UND IHRE MANIFESTE

Während die Mitglieder der Volksfront im Exil eine relativ große Bewegungsfreiheit genossen und dort zugleich die Möglichkeit bestand, weitere Bündnispartner für die oppositionelle Arbeit im Ausland zu gewinnen, war das publizistische oppositionelle Wirken innerhalb Deutschlands schwierig, ja fast schon unmöglich geworden. Ab dem Jahre 1935 waren „Bemühungen zur Bildung einer innerdeutschen Volksfront zunehmend weniger aussichtsreich“, da „die NS-Regierung beeindruckende Erfolge in der Außenpolitik vorweisen konnte und dadurch in der deutschen Bevölkerung weitgehend Zustimmung fand“⁸³. Die Presse war bereits in einer frühen Phase des NS-Regimes gleichgeschaltet worden. Sozialdemokratische, kommunistische sowie gewerkschaftliche Zeitungen und Zeitschriften waren dabei die ersten gewesen, die darunter leiden mussten.⁸⁴

Bereits zu Beginn der NS-Herrschaft wurde die eigentliche Korrektivaufgabe der Presse der völkisch-gesellschaftlichen Integrations- und Identitätsstiftung untergeordnet. Durch die allmähliche Gleichsetzung von Staat, Gesellschaft und der nationalsozialistischen Ideologie galt jegliche Form von publizistischer Kritik und Reflexion als schädigend für die identitätsstiftende harmoniebedürftige „Volksgemeinschaft“, die innere Widersprüche oder gar ideologische Zweifel nicht zuließ.⁸⁵ Sekundiert von rechtlichen Bestimmungen wie den Notverordnungen im Februar 1933 oder dem „Ermächtigungsgesetz“ vom März 1933 schlugen die nationalsozialistischen Machthaber den Weg zur ideologischen Gleichschaltung ein, wurde die eigentliche Korrektivaufgabe der Presse im Spätherbst 1933 der völkisch-gesellschaftlichen Integrations- und Identitätsstiftung untergeordnet. Zugleich wurde das Ausland gezielt mit Nachrichten versorgt, welche die innerdeutschen Repressionsmaßnahmen herunterspielten. Politische Information und Aufklärung standen somit größtenteils im Dienste der NS-Ideologie.⁸⁶

83 Ueberschär, Gerd R.: Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933-1945, Frankfurt am Main 2006, S. 15.

84 Vgl. Sösemann, Bernd: Publizistische Opposition in den Anfängen des nationalsozialistischen Regimes, in: Schmädke/Steinbach (Hg.) 1985 (s. Anm. 4), S. 190-206, hier S. 198.

85 Vgl. zur Vagheit und politischen Instrumentalisierung des Begriffes der „Volksgemeinschaft“ durch die Nationalsozialisten insbesondere Wildt, Michael: Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Bajohr, Frank/ders. (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 24-40.

86 Zur Situation der Presse in Deutschland zu Beginn der NS-Diktatur vgl. Sösemann 1985 (s. Anm. 84), S. 195.

Für die Exil-Volksfront bestand folglich die einzige Möglichkeit, offen Kritik und Widerstand am Dritten Reich zu üben, in der publizistischen Aufklärungsarbeit aus den Nachbarländern. Dies gestaltete sich jedoch hinsichtlich mehrerer Faktoren problematisch. Zum einen musste sich die Exil-Volksfront als wirklicher Vertreter eines „besseren Deutschlands“ legitimieren, obwohl sie nicht vom Volk gewählt war, geschweige denn als wirkliche Gesamtvertretung Deutschlands angesehen werden konnte. Spätestens ab Mitte des Jahres 1936 konnte von einer repräsentativen Gesamtvertretung Deutschlands durch die Exil-Volksfront keine Rede mehr sein. Katholiken waren im Volksfrontausschuss nicht mehr vertreten, viele konfessionell gebundene Exilanten wanderten zur „Volkssozialistischen Bewegung“ ab, die mehr die Mittelschichten und das Kleinbürgertum ins Zentrum ihres politischen Widerstandsansatzes stellte und sich – im Gegensatz zur Volksfront – weniger auf die Arbeiter bezog.⁸⁷ Damit wurde unweigerlich eine Gegenposition zur Volksfront etabliert, welche deren Repräsentations- und Vertretungsanspruch medial und politisch aufweichte. Ein Auftrag für die Volksfront als Stimme des deutschen Exils zur oppositionellen Meinungsführerschaft war hieraus schwerlich abzuleiten. Sie musste sich damit nicht nur zwischen den anderen Exil-Bündnissen und deren Konzeptionen legitimieren, sondern auch gegenüber den herrschenden NS-Machthabern als „wahres Deutschland“ im Ausland ausweisen.

Zum anderen war die Arbeit der Volksfront auf Nachrichten und Meinungen aus dem Inland angewiesen, die aber von den gleichgeschalteten Medien des NS-Regimes verschwiegen oder unterdrückt wurden. Erschwerend kam hinzu, dass der Volksfrontausschuss keine direkte Verbindung zum Widerstand in Deutschland besaß, die Kontakte somit über Grenzsekretäre der Parteien und deren Verbindungsleute ins Deutsche Reich liefen.⁸⁸ Dieser Informationsfluss konnte nur unter widrigsten Bedingungen aufrechterhalten werden.⁸⁹ Die Grenzen rings um Deutschland wurden streng überwacht, Postsendungen kontrolliert und zensiert; im Grunde hatte der nationalsozialistische Machtapparat ein ideologisches Vakuum geschaffen, das mit allen Mitteln gegenüber regimefeindlichem Schriftgut abgesichert werden musste.⁹⁰

Die Exil-Volksfront war jedoch unmittelbar auf die Opposition im Inland angewiesen, wollte sie doch vom Ausland als Vertreter der unterdrückten Mehrheit angesehen werden, um politisches und publizistisches Gewicht zu erringen. Das Exil brauchte die Opposition in Deutschland, um „seinen Repräsentationsanspruch zu legitimieren, es brauchte sie aber auch, um

87 Vgl. Langkau-Alex 1986 (s. Anm. 7), S. 32.

88 Vgl. ebd., S. 32 f.

89 Vgl. Tutas, Herbert E.: Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen Emigration 1933-1939, München 1975, S. 100.

90 Vgl. Mühlen, Patrick v.z.: Exil und Widerstand, in: Benz/Pehle (Hg.) 1994 (s. Anm. 9), S. 128-140, hier S. 131.

nicht selbst als isolierter Haufen, hoffnungslos geschlagener Haufen vor der Welt zu stehen, so, wie es die NS-Propaganda stets behauptete; und schließlich brauchte es die Berufung auf eine innerdeutsche Opposition, um dem entgegenwirken zu können, was das Regime immer wieder als unbezweifelbare Tatsache vorstellte: dass nämlich Nationalsozialismus und Deutschland eins seien [...]“⁹¹.

Die NS-Propaganda verstand es außerordentlich gut, die Exilanten politisch und moralisch im Inland zu diffamieren. Diese Strategie hatte schon während der Weimarer Republik funktioniert. Es galt wie damals, einen Keil zwischen die Funktionäre und die Masse der Anhänger zu treiben, um die breiten Bevölkerungsschichten mithilfe der eigenen Propaganda zu gewinnen.⁹² Nützlich gestaltete sich der publizistische Widerstand der Volksfront für die Nationalsozialisten zudem, da das Exil für die NS-Propaganda einen nicht unwichtigen instrumentalischen Wert einnahm. So wurde der Widerstand aus dem Exil als Beweis für die „jüdisch-marxistische Weltgefahr“ angesehen, die jegliche Abwehrmaßnahmen rechtfertigte, weil sonst die Zersetzung der „Volksgemeinschaft“ drohte.⁹³ Es galt, die Exilanten pauschal mit der suggerierten „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ gleichzusetzen. Ohne genauer auf die Forderungen der Exil-Gruppen einzugehen, geschweige denn die in der ausländischen Presse vorgebrachten Anschuldigungen zu entkräften, stempelte die NS-Propaganda die Exilanten als Marxisten und Kommunisten ab, auf welche die ausländische Presse nicht hereinfallen sollte.

Dennoch darf die Auslandspropaganda des Dritten Reiches, die vornehmlich antikomunistisch und antimarxistisch unterfüttert war, nicht unterschätzt werden. Die Arbeit der Volksfront, die organisatorisch zu großen Teilen auch von bekannten Kommunisten getragen wurde, konnte aufgrund der personellen Zusammensetzung als vom Kommunismus gesteuertes Bündnis diskreditiert werden. Die Faszination für den Faschismus und Hitler sowie die Furcht vor dem Kommunismus hatten nämlich nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch im europäischen Ausland Fuß gefasst.

Nach innen wirkte die versuchte Einflussnahme des publizistischen Widerstandes im Exil sogar stabilisierend für die NS-Herrschaft. Mit der politischen Abqualifizierung und propagandistischen Demontage der Exil-Gruppen konnten die bestehenden Probleme Deutschlands quasi auf einen weiteren Feind externalisiert und auf diese Gruppen ausgelagert werden. Die Harmonie der „Volksgemeinschaft“ und das Negieren von Klassenunterschieden, die stets oberste Priorität innerhalb des NS-Regimes genossen hatten, wurden durch die Abgrenzung zu äußeren Feindbildern wie der Exil-Volksfront noch gestärkt.

91 Tutas 1975 (s. Anm. 89), S. 12.

92 Vgl. ebd., S. 59.

93 Tutas, Herbert E.: Propaganda und deutsches Exil 1933-39, in: Heintz, Georg (Hg.): Deutsches Exil 1933-1945. Eine Schriftreihe, Bd. 4, Worms 1973, S. 101.

Von der anfänglichen Vision und dem endgültigen Scheitern eines historischen Volksfrontversuchs

Es besteht kein Zweifel, dass die „Führer“-Herrschaft in den sechs Jahren der Konsolidierung des „Dritten Reiches“ eine stürmisch wachsende, schließlich enthusiastische Zustimmung aus der deutschen Gesellschaft erfuhr. Kein deutscher Politiker hatte seit der Begeisterung der frühen 1870er Jahre durch Otto v. Bismarcks Reichsgründung je wieder eine solche Popularität wie Hitler erfahren. Als messianischem Volkstribun im Stil eines Charismaträgers, der die Überwindung der existentiellen wirtschaftlichen Krise beschleunigte, dankte ihm die Mehrheit des deutschen Volkes mit Hingabe und Glaubensbereitschaft. Die Wiedergewinnung der sozialen Sicherung, die Vollbeschäftigung und zudem der aufgestaute Integrationshunger, der bis 1933 wegen der extremen Polarisierung von Politik und Gesellschaft nach einem charismatischen Ordnungsstifter verlangt hatte, manifestierten sich in der weitgehenden Übereinstimmung von Führerherrschaft und Volksmeinung.⁹⁴

Mit dem Übergang von Konsolidierung hin zu Aggression veränderte sich zunehmend die Handlungsweise der Antinationalsozialisten im französischen Exil. Ihnen ging es nun nicht mehr, wie noch dem „Amnestieappell“ größtenteils zu entnehmen war, um die Information der Öffentlichkeit über den NS-Terror, sondern vielmehr um die Schaffung einer geeinten Gegenöffentlichkeit mit eigener Programmatik, was sich aus den Appellen zur Rheinlandbesetzung oder im „Freiheit-Frieden-Brot-Appell“ sehr gut ableiten lässt. Der „Lutetia-Kreis“ fungierte – nicht ohne Schwierigkeiten – als zivilgesellschaftlicher Handlungskreis außerhalb des eigentlichen Aktionsfeldes, der auch für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Presse- und Rechtsfreiheit, die Freiheit des Gewissens und Denkens eintrat. Dennoch gelang es diesem heterogenen und elitären Kreis nicht, im großen Maße Einfluss auf den gleichgeschalteten Apparat oder die Gesellschaft zu üben.

Wilhelm Sternburg will in den ersten Parteiprogrammen der westdeutschen Parteien, die starke sozialistische Elemente aufwiesen, ähnliche Konzeptionen und Forderungen ausgemacht haben, wie sie in den Dokumenten des Volksfrontkreises umrissen wurden. Ganz von der Hand zu weisen ist diese Feststellung nicht, aber wie Sternburg weiter ausführt, machten der Kalte Krieg und die ideologischen Kämpfe der Nachkriegszeit zwischen Ost und West auch diese Vorstellungen zunichte.⁹⁵ Die in den Manifesten nie-

94 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1919-1949, Bonn 2009, S. 675 f.

95 Vgl. Sternburg, Wilhelm v.: Das literarische Exil und die Zukunft Deutschlands, in: Kühnl, Reinhard/Spoo, Eckart (Hg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstandes, des Exils und der Alliierten, Heilbronn 1995, S. 189-203, hier S. 201.

dergeschriebenen – natürlich minimalen – Zukunftskonzeptionen der Volksfront wurden im Sog der strikten Blockpolitik mit ihrem Schwarz-Weiß-Denken verdrängt.

Gleiches galt für die Personen, die an der Volksfront und ihren Dokumenten mitgewirkt hatten. Sie wurden wie Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger in der Nachkriegszeit diffamiert, boykottiert und als Kommunisten abgestempelt. Selbst Willy Brandt wurde die Unterzeichnung mehrerer Dokumente der Volksfront später zum Vorwurf gemacht.⁹⁶ Viele Mitglieder der Volksfront, vor allem Schriftsteller, kehrten nicht mehr nach West-Deutschland zurück. Andere wiederum gingen in die DDR und wurden dort gefeiert und häufig politisch instrumentalisiert.⁹⁷ Willi Münzenberg und Rudolf Breitscheid konnten das Ende des Faschismus nicht mehr erleben. Meist blieben die Überlebenden nach dem Ende des deutschen Faschismus Fremde in dem Land ihrer eigenen Sprache und Kultur.

Das politische Scheitern der Exil-Volksfront und ihrer Manifeste basierte gleichwohl nicht nur auf den Schwierigkeiten, vom Exil nach Deutschland hinein zu wirken, der bis zum Ausbruch des Krieges relativ großen Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem NS-Regime und den schwerwiegenden Konflikten von Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch auf folgenreichen Spannungen innerhalb der Gruppierung, die durch die außenpolitischen Zerwürfnisse während des Bürgerkrieges in Spanien und durch die „Moskauer Prozesse“ in die Volksfront hineingetragen wurden und das Bündnis im Jahre 1937 endgültig sprengten.⁹⁸ Walter Ulbrichts Intrigenpolitik, welche die Arbeit der Volksfront auf kommunistischen Kurs bringen sollte, trug dazu gewiss einen großen Anteil bei.⁹⁹

Die persönlichen Konflikte und das Ringen um die richtige Wortwahl sowie deren Interpretation spiegeln sich auch in den Manifesten wider, galt es doch, sich immer wieder zu verständigen, an wen und wie man sich nach außen wenden wollte.¹⁰⁰ Diese immanente Heterogenität, die sich personell und ideologisch manifestierte, schränkte zugleich auch die Breitenwirkung der Dokumente ein und schwächte die klaren Gegenentwürfe ab, die eigentlich bitter benötigt wurden, um Hitler-Deutschland eine Alternative entgegenzusetzen. Zugleich trat die Volksfront nicht als Sprachrohr einer geeinten Exil-Opposition auf, sondern als loser Kreis von Einzelpersonlichkeiten,

96 Vgl. Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, München 2003, S. 51.

97 Vgl. v. Sternburg 1995 (s. Anm. 95), S. 201.

98 Genauer zu der außenpolitischen Situation vgl. Langkau-Alex 1986 (s. Anm. 7), S. 30 ff.

99 Vgl. v. Sternburg 1995 (s. Anm. 95), S. 201.

100 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Volksfrontprobleme – Sprachprobleme, in: Koch, Edita/Trapp, Frithjof (Hg.): Realismuskonzeptionen der Exilliteratur zwischen 1935 und 1940/41. Tagung der Hamburger Arbeitsstelle für deutsche Exilliteratur 1986, Maintal 1987, S. 209-225, hier S. 210.

die nur begrenzten Einfluss auf Organisationen und gesellschaftliche Gruppierungen erzielen konnten.

Dennoch – und das gilt es dezidiert zu unterstreichen – war die Geschichte der Volksfront und ihrer Manifeste zugleich ein nicht zu unterschätzendes Zeichen des überparteilichen Widerstandes, persönlichen Mutes und ein Versuch, das „bessere Deutschland“ auch während der NS-Herrschaft sichtbar und hörbar zu machen. Die Manifeste der Volksfront sind einzigartige historische Dokumente eines – zwar gescheiterten – Versuches, der deutschen Opposition im Exil eine geeinte Stimme zu geben und damit eine repräsentative Gesamtvertretung zu etablieren. Die Volksfront hatte „Aktivitäten, Energie und Phantasie freigesetzt“, „ohne die die deutsche Emigration ärmer gewesen wäre“.¹⁰¹ Zudem strahlte das Volksfront-Experiment über die Pariser Grenzen hinaus und inspirierte zusätzliche Volksfrontbündnisse im Exil wie beispielsweise die im Februar 1937 in Metz gegründete „Saar-Volksfront“ und den „Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter in Frankreich“.¹⁰² Angeregt durch die Exilbemühungen einer Volksfront in Paris, konstituierte sich in Berlin unter Führung von Hermann Brass und Otto Brill zudem die Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront“, die jedoch 1938 zerschlagen wurde.

Unter zivilgesellschaftlichen Aspekten besaß der „Lutetia-Kreis“ dennoch mit seinen Manifesten 1936 keine realistische Chance, eine funktionierende, ins Reich hineinreichende Gegenöffentlichkeit zu schaffen und einen politischen Wandel anzustoßen. Hierzu fehlten letztlich die Multiplikatoren. Tatsächlich als „Volksfront“ hatte sich die deutsche Zivilgesellschaft am 30. Januar 1933 in Form einer „Volksgemeinschaft“ manifestiert und war für den „Lutetia-Kreis“ seitdem unerreichbar gewesen.

101 Jöckel 1977 (s. Anm. 15), S. 55.

102 Vgl. Paul 1987 (s. Anm. 35), S. 161 f.